

Marco Bülow: "Wir Abnicker" (Econ Verlag, Berlin 2010)

Grundthese:

Das Parlament, die legitimierte "Entscheidungsmitte" unserer Demokratie, verliert permanent an Einfluss. Wir Abgeordnete werden daher unserer eigentlichen Verantwortung, das Volk zu vertreten und Entscheidungen zu treffen immer weniger gerecht. Der zunehmend spürbare Machtverlust der gewählten Mandatsträger ist größtenteils selbstverschuldet und wird von der Mehrheit der Abgeordneten so hingenommen. Wir müssen wieder mutiger werden und Maßnahmen entwickeln, diese Fehlentwicklung umzukehren.

Entwicklungen und Ursachen für den Einflussverlust der Parlamente:

- Die massive, unkontrollierte Einflusszunahme des Lobbyismus untergräbt die Macht des Parlamentes. Auch wenn der überwiegende Teil der Abgeordneten nicht käuflich ist, lassen sie sich durch Druck aber auch von "Schmeicheleien" der Lobbyisten beeinflussen.
- Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt zu einer permanenten Entwertung vieler Politikfelder, insbesondere der Bereiche, die den mächtigen Konzernen und ihren Verbänden hinderlich erscheinen. Die Allmacht von finanzstarken Großkonzernen, der Zwang zum Wachstum, die Angst vor Arbeitsplatzabbau, haben der Politik unsichtbare Fesseln angelegt. Der Souverän ist erpressbar geworden. Gesetzesvorschriften werden verwässert, mächtige Klientelgruppen erhalten einseitige Steuererleichterungen oder Förderungen, ordnungspolitische Maßnahmen werden meist zu wertlosen "freiwilligen Vereinbarungen" umgemünzt.
- Die Entscheidungsmacht verlagert sich zunehmend vom Parlament hin zur Regierung. Die Vorlagen der Regierung werden von den Fraktionen überwiegend so übernommen und durchgesetzt. Fundamentale Veränderungen oder eigene Gesetzesinitiativen werden immer mehr zur Ausnahme.
- Die Autorität und Gutsherrenmentalität von Fraktions- und Parteispitzen geben kritischen, inhaltlichen, parteiinternen Debatten immer weniger Raum. Gepaart mit dem medialen und öffentlichen Druck einer zur Show gestellten, meist erzwungenen Geschlossenheit der Regierungsfraktion, werden Einwände der parlamentarischen Fachexperten und der Parteienbasis häufig ignoriert.
- Durch übersteigerte Fraktionsdisziplin und den Wunsch von Abgeordneten, ihre Karrieren nicht zu gefährden oder in Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen, lassen sich Abgeordnete ihre Gewissensfreiheit immer weiter einschränken und beugen sich meist mehrheitlich den Vorgaben der Regierung und/oder der Fraktionsspitze.
- Die Auslagerung von politischen Entscheidungen auf die so genannten Expertengremien und Berateragenturen schwächt die Position der gewählten Volksvertreter.
- Globalisierung, Europäisierung, Föderalisierung und weitere schwer steuerbare Entwicklungen und Regeln beschränken zusätzlich die politische Einflussnahme des Bundestages.